

PARTEIEN ZUR ABSTIMMUNG

Am 27. September kommen sechs Vorlagen auf städtischer, zwei auf kantonaler und fünf auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlagen

S1) Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich»

S2) Privater Gestaltungsplan «Areal Hardturm – Stadion», Zürich-Escher Wyss, Kreis 5

S3) Instandsetzung und Optimierung ewz-Areal Herdern, Objektkredit von 167,44 Millionen Franken

S4) Bau einer Direktverbindung zwischen Limmatzone, Glatt- und Hangzone des Wasserleitungsnetzes der Stadt Zürich, Objektkredit von 25,245 Millionen Franken

S5) Neuregelung der Finanzkompetenzen für den Erwerb von Liegenschaften, Teilrevision Gemeindeordnung

S6) Pro Senectute Kanton Zürich, Treuhanddienst, Rentenverwaltung und Sozialberatung, jährliche Beiträge von 2,041465 Millionen Franken ab 2021

Kantonale Vorlagen

K1) Zusatzleistungsgesetz (ZLG) (Änderung vom 28. Oktober 2019; Beiträge des Kantons)

K2) Strassengesetz (StrG) (Änderung vom 18. November 2019; Unterhalt von Gemeindestrassen)

Eidgenössische Vorlagen

E1) Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

E2) Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

Die weiteren Vorlagen finden Sie auf der nächsten Doppelseite.



SVP
Johann Widmer,
Gemeinderat

Städtische Vorlage

S1) Nein. Dieses Projekt ist lediglich ein weiterer Schritt in Richtung einer autofreien Stadt Zürich. Dazu kommt noch, dass solche Schnellrouten dazu verleiten, dass die Veloraser noch schneller unterwegs sein werden. Dies führt unweigerlich zu mehr und schwereren Unfällen.

S2) Ja. Das Stadion soll endlich gebaut werden. Es gibt keine wirklichen Argumente mehr, um das Projekt abzulehnen. Es wird kein Projekt geben, das allen Ansprüchen genügen wird. Das vorliegende Projekt ist ausgewogen und sinnvoll.

S3) Ja. Die EWZ leistet gute Dienste und braucht diese Bauten, um weiterhin effizient arbeiten zu können.

S4) Ja. Wasser benötigen wir alle – man stelle sich vor, dass eines Tages kein Wasser mehr aus den Leitungen kommt, nur weil die Infrastruktur keine Redundanzen aufweist.

S5) Nein. Diese Neuregelung führt zur Entmachtung des vom Volk gewählten Parlamentes. Wie die Vergangenheit zeigt – man erinnere sich an die illegale Nacht und Nebelaktion des Stadtrates bezüglich der «Gammelhäuser» – ist eine Kontrolle des Stadtrates in solchen Geschäften unbedingt nötig. Der Status quo ist daher beizubehalten.

S6) Ja. Die Stiftung Pro Senectute leistet wertvolle Dienste für unsere ältere Bevölkerung. Da ihr immer mehr Aufgaben übertragen werden, soll dieser staatliche Zustupf an das Budget der Stiftung unbedingt gewährt werden.

Kantonale Vorlagen

K1) Nein.

K2) Nein. Dieses Gesetz wird die dringend benötigten Mittel für den Strassenunterhalt für allerlei andere Zwecke missbrauchen. Die Folge davon sind unhaltbare Strassenzustände in den Gemeinden.



GLP
Florin Isenrich,
Co-Präsident
GLP Kreis 6&10,
Doktorand
Mikrofluidik ETH

Städtische Vorlage

S1) Ja. Der Ausbau von (sicheren) Velowegen und -routen ist ein Kernthema der GLP. Als CO2-armes, platzsparendes und leises Verkehrsmittel ist das Velo für die Stadt ideal! Doch leider verläuft der Ausbau des städtischen Velonetzes nur schleppend.

S2) Ja. Die Grünliberalen standen von Anfang an hinter einem privat finanzierten Fussballstadion. Es entspricht unserer Auffassung, dass ein Stadion grösstenteils privat finanziert und an einem bestehenden, gut erschlossenen Ort gebaut werden sollte. Nach der Annahme der Baurechtsverträge ist die Genehmigung des privaten Gestaltungsplanes konsequent.

S3) Ja.

S4) Ja.

S5) Nein. Bei Liegenschaftskäufen sollen demokratische Mitbestimmungsrechte von Parlament und Simmbürger*innen gewahrt bleiben. Diese Vorlage bringt jedoch eine Verschiebung von Kompetenzen von der Legislative an die Exekutive, obwohl das rechtliche Instrumentarium des Stadtrates bereits ausreichend ist!

S6) Ja.

Kantonale Vorlagen

K1) Ja. Bei den Sozialausgaben sind die Zusatzleistungen ungleichmässig auf die Gemeinden verteilt. Diese haben aber wenig Einflussmöglichkeiten darauf. Deshalb ist es gerechtfertigt, dass der Kanton einen Teil der Kosten der Ergänzungsleistungen übernimmt.

K2) Ja. Aktuell werden die Gemeindestrassen komplett über die ordentlichen Steuern finanziert. Damit werden diese von der Allgemeinheit bezahlt und es herrscht keine Kostenwahrheit und kein Verursacherprinzip!

Eidgenössische Vorlagen

E1) Nein. Die Annahme der «Kündigunginitiative» würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten und der Schweiz wirtschaftlich enormen Schaden zufügen. Als



FDP
Martina
Zürcher-Böni,
Gemeinderätin,
Präsidentin
FDP 10
Ökonomin

Städtische Vorlagen

S1) Nein. Zürich braucht eine sichere und bedarfsgerechte Veloinfrastruktur. Diese Volksinitiative ist jedoch kompromisslos und nimmt keine Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmer.

S2) Ja. Das Stimmvolk hat dem genau gleichen Projekt bereits einmal zugestimmt.

S3) Ja.

S4) Ja. Damit leisten wir einen weiteren grossen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit unserem Trinkwasser.

S5) Nein. Bei grösseren, nicht-dringlichen Liegenschaftskäufen des Stadtrates soll das Parlament weiterhin mitbestimmen können. Es geht bei der Vorlage nicht darum, ob man mehr gemeinnützige Wohnungen möchte, sondern nur, ob das Parlament ausgeschaltet wird oder nicht. Die Wohnungsknappheit bekämpft man nicht mit mehr Finanzkompetenzen für den Stadtrat, sondern mit Abbau von unnötigen Vorschriften und der Beschleunigung von Bewilligungsprozessen. Was der Stadtrat nämlich mit seinen Liegenschaftskäufen macht, zeigt beispielsweise das 30 000 Quadratmeter grosse Koch-Areal: 2013 wurde es vom Stadtrat gekauft und erst 2024, das heisst nach rund elf Jahren, können dort voraussichtlich die ersten Wohnungen bezogen werden. Egal ob städtische Wohnbaustiftungen, Genossenschaften oder Pensionskassen – das könnten ziemlich sicher alle schneller.

S6) Ja.

Kantonale Vorlagen

K1) Stimmfreigabe. Es geht darum, ob neu 70 Prozent statt bisher 44 Prozent der Zusatzleistungen von AHV- und IV-Rentenbezüger/innen durch den Kanton finanziert würden. Dies gäbe jährliche Mehrausgaben von etwa 200 Millionen Franken. Städte und Gemeinden müssten dafür denselben Betrag weniger aufbringen.

K2) Nein. Die aktuelle Aufgabenteilung zwischen Kanton und

Fortsetzung auf der nächsten Doppelseite



Grüne
Monika
Bättschmann,
Gemeinderätin



SP
Sarah
Breitenstein
Gemeinderätin



AL
Judith Stofer,
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10

Städtische Vorlage

S1) Ja. Velofahren ist ein Beitrag zum Klimaschutz, weil damit weniger motorisierter Verkehr unsere Strassen verstopft. Mit autofreien Velorouten bringen wir die Veloförderung einen grossen Schritt vorwärts.

S2) Nein. Die Grünen wollen eine klimagerechte und quartierverträgliche Entwicklung des Hardturmareals. Dieser Gestaltungsplan zeichnet sich durch zu viel Beton, zu wenig Grün und null Nachhaltigkeit aus.

S3) Ja. Auf dem bestehenden ewz-Areal Herdern soll ein Zweithauptstandort mit rund 600 Arbeitsplätzen entstehen. Die Arbeitsplätze und Lagerfläche können sinnvoll auf Oerlikon und Herdern konzentriert werden. Das Projekt entspricht den 2000-Watt-Vorgaben, Dachbegrünung und Photovoltaik sind vorgesehen.

S4) Ja.

S5) Ja. Zürich benötigt mehr städtischen Wohn-, Gewerbe- und Schulraum. Dafür ist schnelles Handeln beim Liegenschaftserwerb nötig. Der Stadtrat erhält mit dieser Vorlage weitergehende Finanzkompetenzen und kann so bei Bedarf rascher handeln.

S6) Ja. Diese drei sinnvollen Angebote sollen durch die Pro Senectute auch ab 2021 weitergeführt werden. Mit diesen Beiträgen kann diese wichtige Unterstützung für ältere Menschen weiterhin gewährleistet werden.

Kantonale Vorlagen

K1) Ja.

K2) Ja. Weil die Mittel im Strassenfonds zweckgebunden sind, fühlt sich dieser immer mehr. Heute liegen 1,4 Milliarden ungenutzt herum. Wenn es so weitergeht, wird 2026 die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Gibt der Kanton einen Teil des Überschusses an Gemeinden weiter, bleiben ihnen durch eine faire, einfache Verteilung mehr Mittel für andere wichtige Aufgaben.

Städtische Vorlagen

S1) Ja. Viele Velofahrer*innen fühlen sich im städtischen Verkehr nicht sicher. Die Initiative fordert autofreie Velorouten und damit eine Entflechtung vom Auto- und Veloverkehr für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen. Es ist an der Zeit, dass in Zürich der Veloverkehr gezielt gefördert wird, nicht zuletzt, weil damit auch ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele geleistet wird.

S2) Nein.

S3) Ja.

S4) Ja.

S5) Ja. Damit wird es dem Stadtrat ermöglicht, Liegenschaften mit einem Wert von mehr als zwei Millionen Franken in eigener Kompetenz zu erwerben, damit mehr bezahlbare Wohnungen in der Stadt entstehen, dass das in der Gemeindeordnung festgelegte Drittels-Ziel erreicht werden kann und dass Land zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben gesichert wird.

S6) Ja.

Kantonale Vorlagen

K1) Ja. Die Kosten für Sozialleistungen sind im Kanton sehr ungleich verteilt; insbesondere Städte und Agglomerationsgemeinden finanzieren im Vergleich ihrer Einwohner*innenzahl viel höhere Sozialleistungen. Mit der Vorlage soll diese ungleiche Verteilung verringert werden.

K2) Ja. Der Unterhalt der Gemeindestrassen soll mit Mitteln aus dem kantonalen Strassenfonds finanziert werden. Dadurch werden die Autofahrenden für die Finanzierung der Gemeindestrassen verpflichtet; die Gemeinden können das gesparte Geld zugunsten ihrer Einwohner*innen verwenden.

Eidgenössische Vorlagen

E1) Nein. Bei einem Ja zur Initiative würde die Personenfreizügigkeit in der EU und alle mit ihr verbundenen Verträge der Bilateralen I gekündigt. Dies schädigt unsere guten Beziehungen zur EU, unsere Wirtschaft, unseren Wohlstand

Städtische Vorlagen

S1) Ja. Die Stadt soll endlich den Turbo für mehr und sichere Velorouten einschalten. Der Lockdown während der Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig der Veloverkehr ist.

S2) Nein. Die Alternative Liste lehnt die Vorlage dezidiert ab. In einem der am dichtesten besiedelten Stadtteile wird mit einer fast kompletten Versiegelung des Grundstücks noch mehr verdichtet. Rund 90 Prozent des 55 000 Quadratmeter grossen Grundstücks wird unterbaut, unter anderem auch für die 680 unterirdischen Parkplätze (250 Plätze sind für das Fussballstadion reserviert). Grosskronige Bäume haben keine Überlebenschance, da sie viel freien Erdrum brauchen, um grosse Wurzeln bilden zu können.

S3) Ja. Der Gemeinderat stimmte einstimmig für die nötige Instandsetzung des EWZ-Gebäudes Herdern.

S4) Ja.

S5) Ja. Die Stadt braucht mehr Spielraum, um Liegenschaften kaufen zu können. Sei es, um bezahlbaren Wohnraum erhalten oder öffentliche Aufgaben erfüllen zu können.

S6) Ja. Diese Vorlage ist unbestritten und wurde im Gemeinderat ohne Gegenstimmen gutgeheissen. Pro Senectute soll künftig mit einem grösseren Beitrag von der Stadt unterstützt werden.

Kantonale Vorlagen

K1) Ja. Eine fairere Aufteilung der Kosten unter den Gemeinden stärkt die Akzeptanz der Sozialleistungen und verbessert den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

K2) Ja. Die Änderung des Strassengesetzes will, dass 20 Prozent der jährlichen Einlagen in den Strassenfonds an die Gemeinden für den Unterhalt der Gemeindestrassen gehen. Das sind gegenwärtig ungefähr 84 Millionen Franken. Der Verteilschlüssel unter den Gemeinden ist einfach: Die Länge der von Autos befahrbaren

PARTEIEN ZUR ABSTIMMUNG

Eidgenössische Vorlagen

E1) Volksinitiative vom 31. August 2018 «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

E2) Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG)

E3) Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)

E4) Änderung vom 27. September 2019 des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EOG)

E5) Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge



SVP
Johann Widmer,
Gemeinderat



GLP
Florin Isenrich,
Co-Präsident
GLP Kreis 6&10,
Doktorand
Mikrofluidik ETH



FDP
Martina
Zürcher-Böni,
Gemeinderätin,
Präsidentin
FDP 10
Ökonomin

Eidgenössische Vorlagen

E1) Ja. Die vergangenen Monate haben es gezeigt: Die EU ist in einer Krise überhaupt nicht solidarisch – weder innerhalb der EU, noch gegenüber der Schweiz. Die Schweiz platzt heute schon aus allen Nähten. Die Strassen sind überfüllt. Der ÖV kann nicht mehr jedem Pendler einen Sitzplatz garantieren. Wertvolles Land wird zugebaut mit zusätzlich benötigten Wohnungen. Unsere Erholungsräume sind durch die vielen Nutzer überbelegt und auch die Tiere fühlen sich gestresst. Dies sollten genügend Argumente sein, um die Initiative anzunehmen. Eine Neuregelung der Zuwanderung erlaubt es uns genau, die Arbeitskräfte zu uns zu holen, die wir auch wirklich brauchen. Diese werden gerne kommen, weil die Schweiz durch die Begrenzung der Zuwanderung die Lebensqualität auf hohem Niveau halten kann.

E2) Ja. Die Ablehnung dieses Gesetzes würde in den betroffenen Gebieten einen grossen Schaden bei den Nutztieren hervorrufen, weil die Bestände der Raubtiere nicht mehr reguliert werden könnten. Daher ist die Annahme des Gesetzes sinnvoll.

E3) Ja.

E4) Nein. Alle bezahlen – wenige profitieren. Die Gesellschaft soll nur unverschuldet in Schwierigkeiten geratenen helfen – ein Kinderwunsch ist eine Privatsache und auch die Folgen sollen privat bezahlt werden.

E5) Ja. Eine Schweiz ohne Luftpolizei liefert sich fremden Mächten aus. Andere werden dann über unsere Sicherheit bestimmen. Sicherheit für die Bürger zu schaffen ist eine primäre Staatsaufgabe.

internationales Wirtschafts- und Forschungszentrum ist insbesondere Zürich stark auf den Zugang zum europäischen Markt angewiesen. Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland, und Europa ist der mit Abstand wichtigste Markt für unsere Wirtschaft. Mit den bilateralen Verträgen hat die Schweiz die Rosinen herausgepickt und für unsere Wirtschaft einen maximalen Zugang zur EU sichergestellt, ohne selbst Mitglied davon zu sein.

E2) Nein. Aus der ursprünglich geplanten Änderung des Jagdgesetzes wurde faktisch ein Abschussgesetz. So soll es künftig möglich sein, geschützte Tierarten auf Vorrat abzuschliessen. Nimmt man an, dass ein geschütztes Tier einen Schaden anrichten könnte, was bei Wildtieren naturgemäss der Fall ist, so soll ein Abschuss bereits möglich sein. Der Bundesrat kann in eigener Kompetenz geschützte Arten auf die Abschussliste setzen. Im Parlament wurden bereits Rufe laut, auch weitere Arten, wie den Biber, Fischotter und Graureiher auf die Liste zu setzen. Für die Artenvielfalt ist dieses Gesetz eine schlechte Nachricht!

E3) Nein. Ursprünglich sollte diese Vorlage die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Doch das Parlament hat daraus eine teure «Herdprämie» gemacht. Anstatt in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu investieren wird die Erwerbstätigkeit für viele Zweitverdiener sogar wieder unattraktiver.

E4) Ja.

E5) Ja. Für internationale Friedenskonferenzen und das WEF muss die Schweiz ihren Luftraum über mehrere Tage schützen können. Dafür benötigt sie einen Ersatz der bestehenden Flotte, leichte Kampfflugzeuge reichen dafür nicht. Ausserdem sind die Jets eine langfristige Investition, denn niemand weiss, wie die Sicherheitslage in 30 Jahren aussieht.

Gemeinden hat sich bewährt: Der Kanton ist für kantonale Strassen zuständig, die Gemeinden für kommunale Strassen. Mit dem innerkantonalen Finanzausgleich erhalten Gemeinden, die es beispielsweise aufgrund topographischer Besonderheiten benötigen, bereits zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Eidgenössische Vorlagen

E1) Nein. Die Initiative bedeutet die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU. Dies gefährdet den Wohlstand unseres Landes, denn ohne Handel und Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn würden viele Arbeitsstellen sowie die Bedeutung des Forschungsstandorts Schweiz verloren gehen.

E2) Ja. Das alte Gesetz ist über 30-jährig und muss den heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

E3) Ja. Viele gut ausgebildete Eltern arbeiten heute weniger, als sie gerne möchten, weil die steile Progression der Bundessteuer sie davon abhält. Eine Erhöhung des Betreuungsabzugs würde dies ändern. Der Verlust an Steuereinnahmen könnte langfristig durch die höheren Familieneinkommen kompensiert werden. Dass die gut 40 Prozent der Familien, die heute schon gar keine Bundessteuern bezahlen, von dieser Vorlage nicht profitieren, ist natürlich klar. Diese können dagegen häufig von subventionierten Kinderbetreuungstarifen profitieren.

E4) Nein. Die FDP wollte im Parlament anstelle von 14 Wochen Mutterschafts- und zwei Wochen Vaterschaftsurlaub einen Elternurlaub von 16 Wochen. Bei diesem würden die ersten acht Wochen zwingend der Mutter zustehen, die zweiten acht Wochen von den Eltern selbstbestimmt und frei aufgeteilt werden können. Leider fand dieser progressivere Ansatz im Parlament bei Links und Rechts keine Mehrheit.

E5) Ja. Als neutrales Land können wir unsere Luftverteidigung nicht vollständig von anderen abhängig machen.



Grüne
Monika
Bättschmann,
Gemeinderätin



SP
Sarah
Breitenstein
Gemeinderätin



AL
Judith Stofer,
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10

Eidgenössische Vorlagen

E1) Nein. Bei einer Annahme der Initiative würde das Lohndumping befeuert, denn sie zielt auf die Abschaffung der flankierenden Massnahmen. Die Kündigung der bilateralen Verträge und die Abschottung der Schweiz, wie sie die Initiative anstrebt, sind Gift für die Schweiz. Und die Initianten blenden einmal mehr aus, dass Migrant*innen einen wichtigen Beitrag zum Wohl der Schweiz leisten.

E2) Nein. Das neue Gesetz will den Artenschutz massiv abbauen. So könnten die Kantone künftig auch bedrohte oder geschützte Arten zum Abschuss freigeben. In Zeiten des Artensterbens den Artenschutz aufzuweichen, ist absurd. Um Konflikte mit Raubtieren zu lösen, braucht es die Stärkung von Präventivmassnahmen, wie z. B. Unterstützung beim Herdenschutz.

E3) Nein. Wir Grünen wollen eine nachhaltige und soziale Familienpolitik und setzen auf höhere Kinderzulagen, die Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen oder den Elternurlaub. Wir wollen keine Entlastung der reichsten Familien, die mit dieser Änderung durch Steuerbefreiungen von der Allgemeinheit mitfinanziert werden.

E4) Ja. Zum längst fälligen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen. Die Einführung des Vaterschaftsurlaubs ist ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Finanzierung erfolgt unkompliziert und kostengünstig über die Erwerbsersatzordnung.

E5) Nein. Die Kampfjet-Milliarden würden für nötige und wichtige Investitionen fehlen. Besonders nach der COVID-19-Krise ist es wichtiger denn je, in die Gesundheitsversorgung und einen grünen Konjunkturplan zu investieren. Die sich im Einsatz befindenden F/A-18 können die Aufgabe der Luftraumüberwachung weiterhin übernehmen. Der Klimakrise und den Cyber-Risiken muss Priorität eingeräumt werden. Die Schweiz muss sich um real existierende Bedrohungen kümmern.

und schwächt durch den damit einhergehenden Wegfall des Lohnschutzes die Rechte der arbeitenden Bevölkerung.

Eidgenössische Vorlagen

E2) Nein. Das Gesetz ist ein Angriff auf den Artenschutz. Biber, Luchs, Graureiher und viele mehr würden zukünftig schlechter geschützt, ohne dass für die Jagd ein Mehrwert entstünde.

E3) Nein. Von der vorgesehenen Erhöhung der Kinderabzüge profitieren im Endeffekt nur die Reichsten, dies auf dem Buckel des Mittelstands. Es profitieren nämlich nur gerade sechs Prozent aller Haushalte. Im Gegenzug fehlen dem Staat 370 Millionen Franken pro Jahr! Das heisst: Alle anderen Haushalte gehen leer aus oder machen gar rückwärts, weil der Staatskasse die Mittel für wirkungsvolle Familienpolitik fehlen.

E4) Ja. Im internationalen Vergleich hinkt die Schweiz beim Thema Vaterschaftsurlaub hinterher. Der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub entlastet die Mütter, ermöglicht es Vätern, von Anfang an eine Beziehung zum Kind aufzubauen, dient der Gleichstellung aller Arbeitnehmer*innen und damit auch der Arbeitgeber*innen und stärkt die Familien. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sind ein kleiner, aber wichtiger Schritt in eine fortschrittliche Zukunft.

E5) Nein. Sechs Milliarden Franken sollen für die Beschaffung der neuen Luxus-Kampfflugzeuge ausgegeben werden, wobei der Flugzeugtyp noch nicht mal bekannt ist. Für den alltäglichen Luftraumschutz benötigt die Schweiz jedoch keine Hightech-Flugzeuge – dieser kann auch mit weitaus günstigeren, leichten Kampfjets gewährleistet werden. Für sogenannte Hot-Missions steht weiterhin die F/A-18-Flotte zur Verfügung. Bis Ende Lebensdauer kosten die Hochleistungs-Kampfjets inklusive Betriebs- und Unterhaltskosten etwa 24 Milliarden Franken, Geld das bei der Bildung, beim Sozialen und beim Klimaschutz fehlen wird.

Gemeindestrassen ist ausschlaggebend.

Eidgenössische Vorlagen

E1) Nein. Die «Begrenzungsinitiative» ist eine Art Durchsetzungsinitiative zur 2014 äusserst knapp angenommenen Einwanderungsinitiative. Und eine Mogelpackung. Erstens geht es nicht um eine allgemeine Begrenzung der Zuwanderung, sondern ganz konkret um die Kündigung des bilateralen Freizügigkeitsabkommens mit der EU von 1999 (FZA). Zweitens legt die Initiative gar keine konkrete Begrenzung fest. Sie fordert lediglich: «Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.» Diese Mogelpackung muss wuchtig versenkt werden.

E2) Nein. Mit dem geänderten Jagdgesetz können Wolf und Luchs noch leichter abgeschossen werden. Die beiden Raubtiere spielen eine wichtige Rolle im ökologischen Gleichgewicht und tragen zur Biodiversität bei. Aus diesem Grund muss das Jagdgesetz unbedingt abgelehnt werden.

E3) Nein. Diese Änderung kommt ganz harmlos und familienfreundlich daher. Mit ihr wird aber eine enorme Ungerechtigkeit etabliert: nur sehr gut verdienende Familien – ab einem Bruttoeinkommen von 300 000 Franken und mehr – profitieren vom Steuerabzug. Familien mit tieferem Einkommen gehen leer aus.

E4) Ja. Mit einem Ja wird endlich ein Vaterschaftsurlaub eingeführt. Es sind zwar nur zehn Tage, es ist aber immerhin mehr als die jetzige Lösung mit einem Tag. Väter sind für das Aufwachsen von Kindern enorm wichtig. Weitere Schritte für den Ausbau des Vaterschaftsurlaubs müssen darum folgen.

E5) Nein. Jedes weitere Kampfflugzeug, das die Schweiz kauft, ist eines zu viel. Einmal gekauft, sind sie bereits wieder veraltet. Mit dem Kauf von Kampfflugzeugen werden Milliarden aus dem Fenster geworfen. Viel nachhaltiger ist es, das Geld statt in Flugzeuge in unser Bildungssystem zu stecken.